

Niederschrift

Kommunale Konferenz Alter und Pflege
vom 11.03.2026

Sitzungsort: Kreishaus in Steinfurt - Großer
Sitzungssaal - Raum C177

2. Sitzung in der 18. Wahlperiode

Anwesende Mitglieder:

Mitglieder

Herr Michael Aßmann	GRÜNE	Vertretung für Fraui Schuchtmann-Fehmer
Frau Simone Berkmann	CDU	Vertretung für Herrn Tim Soller
Frau Laura Grasler	AfD	
Herr Michael Hardebusch	SPD	Vertretung für Frau Gundula Grommé
Herr Gerold Kublik	Inklusionsbeirat	
Herr André Mattai	FDP	
Herr Stefan Wolters	UWG	Vertretung für Herrn Hendrik Jan van Alderen

Abwesende Mitglieder:

Mitglieder

Frau Christina Dues	LINKE
Frau Gundula Grommé	SPD
Frau Elke Schuchtmann-Fehmer	GRÜNE
Herr Tim Soller	CDU
Herr Hendrik Jan van Alderen	UWG

Tagesordnung:
A. Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 12.11.2025
2. Vorstellung neuer Mitglieder
3. Rückblick auf die vergangene Sitzung
4. Beratung von Investitionsvorhaben bei teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen gemäß § 8 Abs. 2 Nr. 7 APG NRW
- 4.1. Neubau einer Einrichtung mit umfassenden Leistungsangebot in Altenberge, Bahnhofshügel, Betreiber: DOMUS Caritas gGmbH
5. Situation der Pflegeschulen – Vorstellung durch Petra Berger, Caritas Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit Rheine/ Emsdetten
6. Aufnahme einer Vertretung der teilstationären Tagespflegen in die Konferenz für Alter und Pflege
Vorlage: I 019/2026
7. Implementierung von Arbeitsgruppen in die KAP
Vorlage: B 032/2026
8. Austausch zur Weiterentwicklung der Konferenz Alter und Pflege zu verschiedenen Oberthemen
9. Anfragen
10. Verschiedenes und Ausblick

Frau Reckels, die neue Dezernentin für Schule, Kultur, Sport, Jugend und Soziales eröffnet die Sitzung der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege (KAP) des Kreises Steinfurt. Sie begrüßt vorab die Künstlerin Frau Kirsten Kötter, die im Rahmen eines Künstlerstipendiums verschiedene Sitzungen des Kreises malerisch festhält.

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 12.11.2025

Keine Anmerkungen zur Niederschrift.

2. Vorstellung neuer Mitglieder

Frau Reckels begrüßt die neuen Mitglieder in der Kommunalen Konferenz Alter und Pflege, die unter anderem aufgrund von Personalwechseln hinzugekommen sind:

Frau Elke Rohde (Pflegestützpunkt Ibbenbüren), Frau Silke Wesselmeier (Sander Pflege GmbH), Frau Lisa Sträter (Regionalbüro Alter, Pflege und Demenz), Herr Gerold Kublik (Lebenshilfe e. V.), Frau Andrea Rohling (Netzwerk Selbsthilfe und Ehrenamt Kreis Steinfurt) sowie Herr Vincenzo Pirone (Ausschuss für Chancengleichheit und Integration der Stadt Rheine).

3. Rückblick auf die vergangene Sitzung

Frau Lindemann blickt auf die letzte Konferenz „Alter und Pflege“ vom 12.11.2025 zurück. Weitere Informationen ergeben sich aus der Präsentation, die der Niederschrift als **Anlage** beigefügt ist.

4. Beratung von Investitionsvorhaben bei teil- und vollstationären Pflegeeinrichtungen gemäß § 8 Abs. 2 Nr. 7 APG NRW

4.1. Neubau einer Einrichtung mit umfassenden Leistungsangebot in Altenberge, Bahnhofshügel, Betreiber: DOMUS Caritas gGmbH

Neubau einer Einrichtung mit umfassenden Leistungsangebot in Altenberge, Bahnhofshügel, Betreiber ist die Domus Caritas gGmbH

Herr Dr. Elling von der Domus Caritas gGmbH stellt das Bauvorhaben vor. Die Einrichtung wird 50 vollstationäre Plätze enthalten. Die Fertigstellung ist für Mitte 2028 geplant. Weitere Informationen ergeben sich aus der Präsentation.

Diskussionsbeiträge und Nachfragen

Herr Wolters fragt nach, mit welchen Kosten pro Bewohnerplatz im Monat zu rechnen ist. **Herr Dr. Elling** geht von einem Betrag zwischen 6.000 und 6.300 EUR pro Bewohnerplatz im Monat aus. Weiterhin erkundigt er sich, ob bei der Aufnahme von Bewohnern, Einwohner aus Altenberge bevorzugt werden. Herr Dr. Elling erläutert, dass eine „Wanderbewegung“ innerhalb des Kreises vorhanden ist, man aber primär versucht Menschen aufzunehmen, die aus dem Einzugsbereich Altenberge stammen. Er merkt an, dass die Stadt Münster zeitweilig, durch ihre verbindliche Pflegeplanung, keine Wohnheime mehr gebaut hat und somit Münsteraner Interesse an Plätzen in Altenberge haben. Allerdings hat die Stadt Münster inzwischen wieder eine unverbindliche Pflegeplanung.

Frau Reckels führt aus, dass die Kosten für einen Pflegeplatz auch den gesetzlichen Rahmenbedingungen des WTG und APG geschuldet sind, nach denen Standards zu erfüllen und einzuhalten sind. Damit sind auch Personalkosten verbunden. Wenn die Mittel für einen Pflegeplatz nicht ausreichen, kann ein Antrag auf Sozialhilfe gestellt werden.

Frau Reckels führt aus, dass der Kreis Steinfurt über keine verbindliche Pflegeplanung verfügt und daher bei Neubauvorhaben lediglich eine beratende Funktion einnehmen kann. Diese Beratung erfolgt jedoch intensiv. Der Kreis ist nicht befugt, den Neubau einer Pflegeeinrichtung zu verhindern oder einen bestimmten Standort vorzuschreiben. Durch die Einrichtung von Regionalkonferenzen soll künftig eine bessere Abstimmung darüber erreicht werden, an welchen Standorten im Kreisgebiet ein Bedarf an Pflegeeinrichtungen besteht, um so gegebenenfalls eine gezielte Steuerung zu ermöglichen.

Herr Ratzki erkundigt sich, ob für den Neubau ein Hitzeschutzkonzept vorliegt. **Herr Dr. Elling** teilt mit, dass er hierzu derzeit keine konkrete Aussage treffen kann. Allerdings seien alle Bewohnerzimmer sowie die Cafeteria und die Gemeinschaftsräume mit Beschattungsmöglichkeiten wie Raffstores ausgestattet. Zudem trage die gedämmte Gebäudehülle dazu bei, hohe Außentemperaturen abzumildern.

Herr Fischer fragt nach, ob zusätzlich eine aktive Kühlung vorgesehen sei. **Herr Dr. Elling** erklärt, dass derzeit unklar sei, ob ein entsprechendes System unter Berücksichtigung der Kosten am Standort Altenberge realisiert werden könne. Er werde die Frage jedoch prüfen. Möglicherweise stünden aktuell auch Fördermittel zur Verfügung, die hierfür in Anspruch genommen werden könnten.

Herr Lange weist darauf hin, dass im Seniorenheim in Burgsteinfurt nachträglich Klimaanlage in den Gemeinschaftsräumen installiert wurden. **Herr Dr. Elling** bestätigt, dass auch über den Einsatz von Kühlsystemen nachgedacht worden sei.

5. Situation der Pflegeschulen – Vorstellung durch Petra Berger, Caritas Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit Rheine/ Emsdetten

Frau Berger (Caritas Bildungszentrum für Pflege und Gesundheit Rheine/Emsdetten) stellt die Situation der Pflegeschulen im Kreis Steinfurt vor. Weitere Informationen sind der Präsentation zu entnehmen.

Sie führt aus, dass die Pflegeschulen derzeit so gut aufgestellt seien wie nie zuvor. Ab dem Jahr 2027 soll die dreijährige Pflegefachausbildung voraussichtlich auch am Standort Steinfurt-Borghorst angeboten werden.

Zudem wird die bislang einjährige Ausbildung zur Pflegefachassistenz ab 2027 um sechs Monate verlängert.

Die Kapazitäten für die verpflichtenden Praxiseinsätze der Auszubildenden in den verschiedenen Pflegeeinrichtungen im Kreis Steinfurt sind derzeit ausgeschöpft. Aus diesem Grund können die Pflegeschulen keine zusätzlichen Ausbildungsplätze anbieten.

Frau Berger erläutert weiter, dass die Pflegeschulen bei der Gewinnung von Auszubildenden eng mit der Agentur für Arbeit zusammenarbeiten. Auch im Hinblick auf die Anwerbung aus dem Ausland befindet man sich auf einem guten Weg.

Diskussionsbeiträge und Nachfragen

Herr Kublik erkundigt sich, wie sich die dreijährige Pflegefachausbildung etabliert hat und welche Erfahrungen bislang vorliegen. **Frau Berger** führt aus, dass sich die Umstellung nach anfänglichen Schwierigkeiten inzwischen gut entwickelt habe. Durch die Vielseitigkeit der Ausbildung habe zudem eine Aufwertung der Altenpflege stattgefunden. Die Ausbildung eröffne sowohl im Bereich der Altenpflege als auch in Krankenhäusern vielfältige Chancen und Einsatzmöglichkeiten.

Herr Kublik fragt weiter, weshalb der Bedarf an Pflegeassistenten laut der von Frau Berger vorgestellten Tabelle vergleichsweise gering erscheine. **Frau Berger** erläutert, dass der Bedarf grundsätzlich vorhanden sei, es jedoch schwierig sei, geeignetes Personal zu finden. **Herr Holtmann** ergänzt, dass zwar eine hohe Zahl an Bewerbungen eingehe, es jedoch an geeigneten Kandidaten mangle. Zudem sei zu berücksichtigen, dass Auszubildende in der Pflegeassistenz einen hohen Betreuungsaufwand erfordern, insbesondere während der verpflichtenden Praxiseinsätze.

Im Hinblick auf die dreijährige Pflegefachausbildung führt **Herr Holtmann** aus, dass im Anschluss an die Ausbildung eine Spezialisierung, beispielsweise in den Bereichen Pädiatrie oder Geriatrie, erforderlich sei. **Frau Berger** stimmt dem zu und erklärt, dass diese Spezialisierung – wie in anderen Berufen auch – auf die Grundausbildung folgt.

Herr Ratzki merkt an, dass die Verlängerung der Pflegeassistentenausbildung um sechs Monate aus seiner Sicht als Lehrender sinnvoll sei. Zudem fragt er, ob Daten darüber vorlägen, wie viele Pflegekräfte in den kommenden Jahren in den Ruhestand gehen werden. **Frau Reckels** führt aus, dass im Kreis Steinfurt im Bereich der stationären und ambulanten Pflege derzeit rund 3.300

Vollzeitäquivalente beschäftigt seien. Auf Grundlage des aktuellen Personalbemessungsinstruments sei berechnet worden, dass bis zum Jahr 2030 ein zusätzlicher Bedarf von etwa 600 Pflegefachkräften bzw. Pflegefachassistenten bestehe. Bis 2040 steige dieser Bedarf auf 1.322. Altersbedingte Fluktuation sei in diesen Zahlen noch nicht berücksichtigt. Die Altersstruktur zeige zudem, dass etwa jede dritte Pflegefachkraft über 55 Jahre alt sei, während lediglich rund 15 Prozent der Pflegefachkräfte zwischen 19 und 30 Jahre alt seien.

Frau Shamsul fragt, ob examinierte Pflegefachkräfte nach Abschluss der Ausbildung im Beruf verbleiben. **Frau Berger** berichtet, dass nahezu 100 Prozent der Absolventinnen und Absolventen im Anschluss in einer Pflegeeinrichtung tätig seien. Sie könne nicht bestätigen, dass die Ausbildung als Sprungbrett in andere Branchen genutzt werde. Weiterhin erkundigt sich **Frau Shamsul**, ob Absolventen der generalistischen Ausbildung eher in Krankenhäuser wechseln oder ob auch Altenpflegeeinrichtungen attraktiv seien.

Frau Berger erläutert, dass die generalistische Ausbildung für die Gewinnung von Personal in der Langzeitpflege sowie in ambulanten Pflegeeinrichtungen keineswegs nachteilig sei. Im Gegenteil: Beide Bereiche seien stark von Beziehungspflege geprägt, die für viele junge Menschen – gerade in einer schnelllebigen Zeit – als sinnstiftend empfunden werde. Sie sehe daher keine grundsätzlichen Nachteile für die Altenpflege. **Herr Hoffmann** bestätigt diese Einschätzung. Auf Nachfrage von **Frau Shamsul** zur Abbruchquote erklärt **Frau Berger**, dass diese mit etwa 20 Prozent im branchenüblichen Bereich liege.

Herr Hoffmann ergänzt, dass die Präsenz von Pflegeschulen auf Ausbildungsmessen sowie an weiterführenden Schulen in den letzten Jahren deutlich zugenommen habe. Häufig zeigten bereits 16-jährige Schulabgänger Interesse an einer Ausbildung, was jedoch Herausforderungen hinsichtlich der Mobilität mit sich bringe, da viele noch nicht über eine Fahrerlaubnis verfügten. Dies erschwere die Organisation der verpflichtenden Praxiseinsätze.

Abschließend stellt **Herr Ratzki** fest, dass aus seiner Sicht ein gegenseitiger Nutzen zwischen den Auszubildenden der einjährigen und der dreijährigen Pflegeausbildung bestehe.

6. Aufnahme einer Vertretung der teilstationären Tagespflegen in die Konferenz für Alter und Pflege

Vorlage: I 019/2026

Frau Lindemann erklärt, dass Frau Regina Stohldreier (Tagespflege „vita“ in Ochtrup), die Aufnahme einer Vertretung der teilstationären Tagespflegeeinrichtungen in die Kommunale Konferenz Alter und Pflege beantragt hat. Weitere Informationen ergeben sich aus der Vorlage.

Dem Antrag wurde im Sozialausschuss, Kreisausschuss und Kreistag bereits zugestimmt. Die Geschäftsordnung wird entsprechend angepasst und es wird eine Kontaktaufnahme zu allen Trägern der Tagespflegeeinrichtungen erfolgen. Die

Benennung der Vertretung wird in der nächsten KAP am 14.10.2026 bekanntgegeben.

7. Implementierung von Arbeitsgruppen in die KAP **Vorlage: B 032/2026**

Frau Lindemann stellt die Beschlussvorlage 032/2026 bzgl. einer möglichen Implementierung von Arbeitsgruppen in die Konferenz Alter und Pflege (KAP) anhand einer Präsentation vor.

Ziel sei es, die unterschiedlichen fachlichen Expertisen der Mitglieder stärker zu nutzen und diese intensiver in die Arbeit der KAP einzubinden. Vorgesehen seien zunächst zwei Arbeitsgruppen mit jeweils 8 bis 12 Personen, die sich aus den Mitgliedern der KAP zusammensetzen (Vorlage B 032/2026). Dies würde zu einer breiteren Verteilung von Mitgestaltungsmöglichkeiten sowie Verantwortung führen und könne sich als zielführend und gewinnbringend erweisen.

Die erste Arbeitsgruppe soll sich mit der Weiterentwicklung der kommunalen Pflegeplanung befassen, während die zweite Arbeitsgruppe die Altenhilfeplanung im Kreis Steinfurt zum Gegenstand haben soll.

Frau Lindemann richtet abschließend die Frage an das Gremium, ob die vorgestellte Idee grundsätzlich befürwortet wird. Dies stößt auf mehrheitliche Zustimmung. Im Nachgang zur Sitzung wird sie demnach alle Mitglieder anschreiben und erfragen, wer sich eine Mitarbeit in einer der beiden Arbeitsgruppen vorstellen kann.

Diskussionsbeiträge und Nachfragen

Frau Reckels verweist auf § 8 APG NRW, der die Kommunale Konferenz Alter und Pflege betrifft und unter anderem deren Mitwirkung an der kommunalen Pflegeplanung regelt. Sie begrüßt ausdrücklich die Möglichkeit, die fachliche Expertise der Mitglieder der KAP im Rahmen des vorgestellten Arbeitsgruppenformats gezielt zu nutzen und weiterzuentwickeln. Ein vergleichbares Modell existiert bereits im Bereich der Jugendhilfe und wird unter TOP 8 näher erläutert.

Frau Berger begrüßt den Vorschlag und erinnert daran, dass es bereits vor einigen Jahren Arbeitsgruppen zu unterschiedlichen Themen innerhalb der KAP gab, die sie als lebendig und zielführend wahrgenommen hat. Sie spricht sich ausdrücklich für eine Wiederaufnahme dieses Formats aus. **Herr Zimmermann** schließt sich dieser Einschätzung an.

Herr Lange Lagemann erkundigt sich nach dem zeitlichen Umfang einer möglichen Mitarbeit in den Arbeitsgruppen. **Frau Lindemann** führt aus, dass für die Arbeitsgruppe 1 zunächst ein Zeitaufwand von etwa acht bis zehn Stunden jährlich vorgesehen sei. Der zeitliche Umfang der Arbeitsgruppe 2 sei hingegen stark von deren inhaltlicher Ausrichtung abhängig und derzeit noch offen.

Herr Lange Lagemann weist darauf hin, dass sich zwischen den beiden Arbeitsgruppen thematische Schnittstellen ergeben könnten, und fragt, wie der

Informationsaustausch organisiert werden soll. **Frau Lindemann** erklärt, dass beide Themenbereiche grundsätzlich gemeinsam gedacht werden müssten. Für den Einstieg erscheine eine Aufteilung in zwei Arbeitsgruppen jedoch sinnvoll. Im weiteren Verlauf werde zu prüfen sein, wie eine stärkere Verzahnung bzw. Zusammenführung erfolgen kann.

Abschließend bittet **Frau Reckels** das Gremium um ein Stimmungsbild zur Implementierung von Arbeitsgruppen. Der Vorschlag wird mehrheitlich befürwortet. Gegenstimmen gibt es nicht; eine Person enthält sich.

8. Austausch zur Weiterentwicklung der Konferenz Alter und Pflege zu verschiedenen Oberthemen

Frau Lindemann benennt drei Oberthemen zur Weiterentwicklung der Konferenz Alter und Pflege. Weitere Details sind der Präsentation zu entnehmen.

Zum Oberthema eins „Wofür stehen wir – und was wollen wir konkret erreichen?“ führt Frau Lindemann aus, dass sich aus dem Altenpflegegesetz ein klarer Auftrag für die Konferenz Alter und Pflege (KAP) ergibt, den es zu erfüllen gilt.

Frau Lindemann richtet zudem die Frage an das Gremium, welche Mehrwerte die KAP für die jeweilige Arbeit der Mitglieder bieten kann. Darüber hinaus stellt sie zur Diskussion, ob die zwei jährlichen Konferenzen stärker an thematischen Schwerpunkten ausgerichtet werden sollten.

Zum Oberthema drei „Verantwortung teilen – Wie organisieren wir uns zukunftsfähig?“ stellt sich **Herr Winter** vor, der derzeit stellvertretender Amtsleiter des Amtes für Soziales und Pflege ist. Er berichtet über ein Instrument aus seiner beruflichen Praxis, das in ähnlicher Form auf die Konferenz Alter und Pflege (KAP) übertragen werden könnte.

Herr Winter ist Leiter des Sozialen Dienstes beim Kreis Steinfurt und zudem für die Sucht- und Psychiatriekoordination zuständig. Darüber hinaus ist er Geschäftsführer des Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GVP). Ziel dieses Verbundes ist die enge Zusammenarbeit seiner Mitglieder, um eine bedarfsgerechte Versorgung von psychisch erkrankten sowie suchtkranken Menschen im Versorgungsgebiet des Kreises Steinfurt sicherzustellen.

Das Gremium des GVP tagt – ähnlich wie die Konferenz Alter und Pflege – zweimal jährlich und arbeitet zusätzlich in Arbeitsgruppen. Ein zentrales Element ist der sogenannte Sprecherrat. Dieser setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern freier Träger zusammen, die sich besonders im GVP engagieren. Der Sprecherrat übernimmt die inhaltliche Vorbereitung der Gremiumssitzungen. Dadurch profitiert das Gremium insbesondere von praxisnahen Berichten und bleibt eng am tatsächlichen Geschehen. Dieses Steuerungsinstrument trägt dazu bei, dass relevante Themen gezielt aufgegriffen und bearbeitet werden.

Herr Winter ergänzt, dass der Sprecherrat des GVP drei- bis viermal jährlich für jeweils etwa zwei bis zweieinhalb Stunden tagt. In diesen Sitzungen werden die inhaltlichen Schwerpunkte der Gremiumstreffen vorbereitet.

Frau Reckels erläutert, dass ein solcher Steuerungskreis die Möglichkeit bietet, innerhalb der KAP-Themen zu identifizieren, zu bearbeiten und weiterzuentwickeln, die sowohl durch die fachliche Expertise der Mitglieder als auch durch eine hohe Praxisnähe geprägt sind. Sie bittet das Gremium um ein Stimmungsbild, ob ein Steuerungskreis mit etwa drei bis fünf Personen – analog zum Sprecherrat des GVP – für die KAP vorstellbar und wünschenswert ist.

Das Gremium spricht sich mehrheitlich für diesen Vorschlag aus. Es gibt weder Gegenstimmen noch Enthaltungen.

Diskussionsbeiträge und Nachfragen zum Oberthema eins

Herr Zimmermann führt aus, dass die aufgeworfenen Fragen möglicherweise nicht ad hoc beantwortet werden können.

Herr Fischer merkt an, dass sich die Themen der KAP bislang überwiegend auf den Bereich „Pflege“ konzentriert haben. Er weist darauf hin, dass das Thema „Alter“ darüber hinaus auch Aspekte wie Mobilität, Wohnen, Gesundheit, Sport und weitere Bereiche umfasst. Als möglichen Themenschwerpunkt schlägt er „Altersbilder“ vor.

Frau Schlattmann ergänzt, dass es zahlreiche Themenfelder „vor“ der Pflege gibt, die im Kreis Steinfurt stärker berücksichtigt werden sollten. Frau Lindemann erklärt hierzu, dass entsprechende Themen grundsätzlich auch in die KAP aufgenommen werden können.

Diskussionsbeiträge und Nachfragen zum Oberthema drei

Herr Lange Lagemann regt an, aus den Arbeitsgruppen jeweils etwa zwei Personen zu benennen, die zugleich dem Steuerungskreis angehören.

Herr Zimmermann befürwortet die Einrichtung eines Steuerungskreises, insbesondere zur gezielten Themenbenennung sowie zur Förderung von Dynamik innerhalb der KAP.

Frau Reckels erläutert, dass Frau Lindemann mit dem Versand des Protokolls eine Abfrage verbinden wird. In diesem Zusammenhang bittet Frau Reckels darum, konkrete Ideen und Anregungen zu den drei Oberthemen einzubringen.

9. Anfragen

Herr Fischer berichtet, dass der Antrag beim Kreistag auf offizielle Anerkennung der Seniorenvertretung in der Sitzung am 14.12.2025 abgelehnt wurde.

10. Verschiedenes und Ausblick

Frau Lindemann teilt mit, dass die nächste KAP am 14.10.2026 stattfinden wird.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 19:00 Uhr.

gez.

Roswitha Reckels

Vorsitzende

gez.

Tanja Ittermann

Protokollführerin